

In Wien repariert zu werden. Aber der Mann der Militärpartei
geht auf die große Unterjochung auf Kosten der Polen an ihrer West-
gränze angeblich im Namen der militärischen Sicherheit.
Der eine militärische Sicherung, die zu einer dauernden
politischen Verständigung mit dem Nachbarvolk führt, ist
ein Spott auf eine militärische Sicherung.
(Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Die Sicherung des polni-
schen Bestandes nach Westen ist eine Voraussetzung für eine dauernde
Verständigung mit den Polen. Was die Militärpartei wollen, ist
eine neue Teilung Polens. Einige Feindschaft der Polen uns gegen-
über wäre die Folge. Die Polen legen auch mit Recht Wert auf ein
Denkmal nach Osten, sie wollen nicht abgeopfert sein. Auch in
Wien haben die Bestrebungen der Militärpartei großes Vertrauen
gegen Deutschland zur Folge gehabt. Die Ötztaler haben die Ein-
berufung eines Landtages aus allgemeinen, gleichen und direkten
Wahlen verlangt. Die Militärpartei führt, um ihre Ziele zu er-
reichen, sogar eine Stocung in dem Verkehr zwischen dem Reichs-
rat und den Ötztälern herbei.

Ein Schreiben des Präsidiums des litauischen Landes-
rats an den Reichstanzler, das durch die Militär-
verwaltung in Ober-Ost gehen muß, ist bis heute nicht
an den Reichstanzler gelangt.

Was es wird die Briefstrecke über den Reichstanzler verhängt von
einer militärischen Oberleitung, die seine Politik nicht will. (Hört!
Hört!) Man will Ötztalen zur ostbaltischen Kolonie machen, es soll ver-
zichten auf eine Demokratisierung. Weil sich die Ötztaler weigern, hat
die Militärpartei bisher die Anerkennung ihrer Selbstständigkeit ver-
hindert.

Das widerspricht den Zusagen, die in Brest-Litovsk
den Randöstlern gemacht sind.

(Sehr wahr!) Glaubt man etwa, daß neben der ukrainischen Volks-
republik Ötztalen als ostbaltische Militärsolonie bestehen kann? Man
dringt den Ötztälern mit der Teilung ihres Landes. Das widerspricht
auch der Selbstbestimmung. Wer weiß, ob die Militärpartei die
von dem Reichstanzler erwartete litauische Delegation jetzt nicht
ebenso wenig durchläßt wie den erwähnten Brief.

Es war hier schon einmal ein ständiger Vertreter des
litauischen Landesrats in Berlin, dem nachher von
der Militärverwaltung der Paß entzogen wurde.

Was Russland betrifft, so besteht die Entscheidung, daß der dortige
Landtag besetzt ist, im Namen der Bevölkerung zu sprechen. Er
sitzt sich auf alle vom Jaren verlebene Vorrechte. Augenblicklich
hat er keine Rechtsbasis, denn die einzige Rechtsbasis in revolutionären
Zeiten ist der Wille des Volkes. Das hat man der Ukraine und
Rußland gegenüber anerkannt.

Bei dem türkischen Landtagsbeschlusse handelt es sich
tatsächlich um ein abgemessenes Geschäft zwischen den preu-
ßischen Junkern und den baltischen Baronen, und der
Zustimmung eines Teils der deutsch-lettischen Bourgeoisie.

Wie begründet es, daß der Reichstanzler heute diese Entscheidung als
nicht endgültig bezeichnet hat, im Gegensatz zu der Auffassung der
Militärpartei, die in diesem Beschlusse ein Definitivum sieht, an dem
ein Landtag auf dreierlei Grundlauge nichts mehr ändern könne.
Die Letzen und Östen haben schon unter russischer Herrschaft um ihre
Unabhängigkeit gekämpft. Wenn ihre Hoffnung nun wieder ent-
täuscht wird, muß sich ein tiefer Haß gegen die neuen Herren dadurch
entwickeln und sie werden dann Rückhalt in einem uns feindseligen
Großrußland haben. Wer es mit einer sicheren Zukunft und kul-
turellen Entwicklung der deutschen Elemente in den baltischen Ländern
ernst meint, muß eine solche Politik vermeiden.

Arbeiter, kleine Handwerker und Bauern sind in dem
lettischen Landtag überhaupt nicht vertreten. Die balti-
schen Barone haben es früher mit den ärmsten Realita-
tären in Rußland gehalten. Die russische Heere, die
Östpreußen verwüstet haben, wurden geführt von balti-
schen Batonen wie Reuentamp.

Schwerlich war die Bemerkung des Reichstanzlers, unser Verhältnis
zu Estland und Livland solle so geregelt werden, daß dadurch ein
freundschaftliches Verhältnis zu Rußland nicht ausgeglichen werde.

Das ist für uns der springende Punkt.

Weiter hat es der Reichstanzler abgelehnt, sich in die innere Politik
Estlands einzumischen.

Aber auch hier klofft ein Widerspruch zwischen den
Tatsachen der militärischen Leistung und den Worten der
politischen Leistung.

(Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine große Irr-
föhrung der öffentlichen Meinung, wenn es in der Presse so dar-
gestellt wird, als handle es sich für uns darum, den Finnen im
Kampf gegen die Russen zu Hilfe zu eilen. Es ist bedauerlich, daß
die Journalisten die Mitteilung der richtigen Sachlage verhindern. Die
Polen Garbitten in Finnland sind keine Russen, sondern Finnen.
Diese finnische rote Garde ist die Wehrmacht der finnischen roten
Regierung. Es handelt sich doch um innere finnische Kämpfe, um
einen Bürgerkrieg, bei dem jede der beiden Parteien behauptet, daß
ihre Regierung die gesetzmäßige ist. Die Sozialdemokratie stützt sich
auf den alten sozialdemokratischen Landtag, und die neue Regierung
ist aufgebaut auf den von der russischen Regierung ersungenen
neuen Landtag. Wenn im Altertum Heere sich im Kampf gegenüber-
standen, gingen die Führer an, sich gegenseitig zu beschimpfen.
Wenn heute ein Wehrkampf stattfindet, so geht
dem regelmäßig ein Sägenstich voraus.

Wenn man heute von den Graveläten der roten Garde in Finnland
erzählen hört, so ist Tatsache, daß die rote Regierung alles tat, um
mit einzelnen marodierenden Banden aufzuräumen, und daß sie die
verbliebenen Truppen aus Finnland entfernte. In Berlin kommen tägli-
ch 300 Diebstähle und Raubfälle vor, in ganz Deutschland werden
es viele Tausende sein. Was würde man sagen, wenn eine aus-
ländische Macht daraus das Recht herleitete, in Deutschland einzu-
marschieren. (Sehr gut!)

Hinter der finnischen roten Regierung stehen genau
dieselben Kräfte, wie hinter der ukrainischen, die wir
jetzt als befreundet bezeichnen.

Welch furchtbarer Haß muß in den Reihen des arbeitenden Volkes
entzündet werden, wenn ihre Bewegung jetzt mit deutschen Truppen
widergesprochen werden soll. Noch kann das Verhängnis verhütet
werden.

Möge die deutsche Regierung auch die rote Regierung
in Finnland für den Friedensvertrag gewinnen.
Die rote Regierung hat bereits beschlossen, sich mit dem deutschen
Reichsminister auf Verhandlung zu lassen. Sie wollen
sich über die deutschen Absichten unterrichten. Damit ist der Weg
für eine friedliche Beilegung des Streites gegeben. Sollte etwa die
deutsche Regierung in Finnland eine Vermittlung ablehnen, so würde
es natürlich keinen Einpruch darauf geben, daß deutsche Truppen
hin zu Hilfe kommen. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Die
Rückkehr der norwegischen Flotte, daß das Ziel der deutschen Regie-
rung in Finnland eine Verständigung mit einem deutschen Briten an
der See ist, ist dementsprechend. Aber dieses Element findet
keine Beachtung und die Absichten über Russland verhalten das
Gesicht.

Auf der ganzen Linie im Osten ist das Verhalten der
deutschen Politik: Entziehung der Sympathien der
Russen für Deutschland.

Die Politik ist eine Kampfbahn für alle demokratischen Kräfte.
Die Sozialdemokratie an die nach Unabhängigkeit strebenden Elemente
in den Randöstlern. Diese Kräfte arbeiten auf dem Sturz des
deutschen Regimes. Sie haben sich jetzt aber der Gefahr einer neuen
Gründungsphase ausgesetzt.

Wäre die feindselige Gewaltpolitik der Militärpartei,
die im Gegensatz zu den Erklärungen des Reichstanzlers
sich nicht verändert, so wäre die unvermeidliche Folge,
daß der ganze Ostteil von Ober-Ost in einem dauernden
Brennpunkt ergriffen wird, in dem alle Elemente sich
gegen die Sozialdemokratie aufstellen.

Wenn wir diesen Zustand nicht als nicht erträglich ansehen, so
müssen wir die Sozialdemokratie an die Spitze setzen. Sie
müssen gegen die feindselige Gewaltpolitik vorgehen, die nicht
auf die Sozialdemokratie abzielt.

Die feindselige Bewegung, die sich in Deutschland
entwickelt, ist eine pannationalistische Bewegung mit dem
Ziel: Zerbrechen der deutschen Herrschaft, die man im Ausland
als pangermanistisch bezeichnet, die in Deutschland als östliche Ge-
waltspolitik bekannt ist. Wir würden dadurch der Gefahr des Zerfalls
geben, sich an die Spitze einer gegen diese Gewaltpolitik gerichteten
Bewegung zu stellen. Deshalb müssen Reichstag und Reichsleitung sofort
Front machen gegen diese unverantwortliche Politik einer Partei, die,
wie es scheint, in deutschen Reich maßgebend werden soll. Wer mit
Gewaltpolitik gewinnt man keine Herzen.
Nur eine von freiwirtschaftlichen Grundsätzen getragene Politik
kann die Dinge im Osten ordnen, nur eine demokratische

Verständigung kann die Grundlage der Ordnung im
Osten abgeben.
Dadurch würde ein starker Friede gewonnen werden; ein auf militä-
rische Macht gestützter Friede dagegen ist der schwächste Friede, den
es gibt.
Seine weitestgehenden Aufgaben kann Deutschland nicht
lösen mit den Methoden und Praktiken der östpreussischen
Herrschschaft.
Nur durch Recht und Freiheit kann der Frieden im Innern, nur durch
Recht und Freiheit kann auch der äußere Frieden dauernd gewonnen
werden. (Behafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vor schweren Tagen

Von Richard Götts, früherer Kavallerie-Oberst

Völker und Heere befinden sich in unruhiger Erwartung
der Dinge, die da kommen sollen. Die Augen der ganzen
Welt sind auf jenes Gebiet in Flandern und Frankreich ge-
richtet, wo Heere von noch nie geschauter Größe, wo Kriegs-
gerät von unerhörter Zahl und Gewalt einander gegenüber-
stehen, wo mit fieberhafter Anstrengung für den letzten und
entscheidenden Wasserangriff dieses Kriegs gerüstet wird, die
Mannschaften aus allen Ecken zusammenströmen, um eine Schlacht
zu schlagen, die tiefer in den Gang der Weltgeschichte ein-
greifen wird, als einst vor 1467 Jahren eine jugenberühmte
Schlacht auf den lateinischen Feldern, in der noch die Geister
der Erschlagenen in den Lüften mit einander kämpften. Auch
diesmal wird ein Kampf in den Lüften ausgefochten werden,
so heiß, so erbittert, so mörderisch, wie der auf der Erde, aber
es werden die kühnsten aller Männer sein, die von den Wolken
herab das mörderische Ringen der Streiter am Boden be-
gleiten werden. Was sind alle Schreden aus Dantes Hölle
gegen die Schreden einer Schlacht unserer Tage! Auch über
den Eingangsporten jenes weltlichen Turnierplatzes, auf dem
die Völker der Erde sich ein Schwelchem gegeben haben,
dürften jene drohenden Worte stehen:

„Durch mich geht ein man zu der Stadt der Plage,
Durch mich dahin, wo ewig Leid nur wohnt,
Durch mich zum Volk, das ich verloren sage!“

Die Hoffnung laßt zurück beim Weiterstreiten!“

Noch haben die Heere die starren Linien nicht gebrochen,
in denen sie sich seit mehr als drei Jahren Auge in Auge
gegenübersehen, noch harren sie des Wortes der Führer, das
die Lämme ins Rollen bringen wird, die in langen Winter-
monaten sich angehäuft hat. Wir wissen nicht, wer zuerst los-
brechen wird, wer zuerst den Würfelbecher in die Hand neh-
men und ausschütten wird. Aber das wissen wir, daß der
Angreifer in der Zuversicht des Erfolges, in der Sicherheit
seiner Handlung eine mächtige Unterstützung für den Kampf
findet; auf seiner Seite kämpft die Seele, die dem Leib ge-
hört; nur wer die Gefahr nicht achtet, wird ihrer Herr.

Während die Heere noch rüsten, haben die Staatsmänner
gesprächen; sie haben auf der anderen Seite den Angriff er-
öffnet. Zuerst Bonar Lam am 8. März vor dem englischen
Unterhause, dann Clemenceau am folgenden Tage vor der De-
putiertenkammer in Paris. Kühler, abwägender der Briten,
leidenschaftlicher der Franzose! Aber aus beider Worten
spricht der Ernst: wir wollen weiter kämpfen, wir müssen
weiter kämpfen. Und man kann doch nicht leugnen, daß auch
die Siegeshoffnung in beiden Reden sich noch verkörpert. Noch
befremten sich Briten wie Franzose nicht geschlagen, sie erwarten
noch alles von dem Ausgange der großen Frühjahrskämpfe;
der Briten vielleicht mehr aus der Ueberzeugung heraus, daß
auch er starke Trümpe in der Hand hält, der Franzose in dem
aufwallenden Gefühl eines stolzen Volkes, das an seiner Zu-
kunft nicht verzweifeln mag. Ein Wort Clemenceaus dürfen
auch wir uns zu Herzen nehmen — daß derjenige Sieger sein
wird, der eine Viertelstunde länger als der andere an seinen
Sieg zu glauben vermag. Das ist sicher die Formel des feeli-
schen und körperlichen Erschöpfungskrieges, die Lösung: Kampf
bis zum Weißbluten. Sie ist bedauerlich für die Kultur der
Menschheit für das wirtschaftliche Gedeihen der Völker. Aber
nachdem die Gegner sich auf diesen Boden begeben, müssen
wir ihnen dahin folgen. Es bleibt uns keine Wahl, es sei
denn, daß wir selbst uns besiegeln erklären wollen, nachdem wir

das Blut unserer Besten vergossen und über unzählige Schlach-
felder unsere siegreichen Fahnen getragen haben.

Nach Clemenceaus Worten klingt die Nachricht nicht un-
glaublich, daß er auf eine solche Offensive hinarbeite. Der
Angriff liegt in der Folgerichtigkeit der politischen Ziele un-
serer Gegner. Wenn aber der oberste Führer der französischen
Streitkräfte sich dem widersetzt, so liegt darin das Bekenntnis,
daß er die kriegerische Lage jetzt nicht günstig genug für
einen Angriff ansieht. Und in jenem Gegensatz liegt ein Cle-
mence der Schwäche für jene, der Stärke für uns. Ebenso-
wenig geklärt wie im französischen sind offenbar die An-
sichten im englischen Lager: der englische Oberbefehlshaber
glaubt an eine deutsche Offensive, die Offiziere an der Front
angeblich nicht, weil sie von ihrer eigenen Ueberlegenheit über-
zeugt seien. Nach dem unfruchtbaren Ausgange der Schlachten
um Arras und in Flandern nach der Niederlage bei Cam-
brai, obwohl die Zahlenüberlegenheit auf ihrer Seite war,
immerhin ein bemerkenswerter Zug von Selbstgefühl! Aber
eins macht uns stuhlig: die Mitteilung Bonar Lams, daß das
englische Heer in beiden letzten Monaten soviel Stachelbradt
vertraucht wie im ganzen Jahr 1917. Stachelbradt und An-
griff sind innere Gegensätze. Ober glaube der Briten, unser
Heer durch einige Jehntausende von Tonnen Stachelbradts
von einem Angriffe abzuhalten zu können.

Uebrigens können weder Petain noch Haig über Ver-
teidigung oder Angriff allein bestimmen; der Ausschlag liegt
vielmehr bei Foch, dem Vorstehenden des obersten Kriegsrates
in Versailles, der eine starke Armee im Rücken der Front be-
fehligt, sie wird auf 400 000 Mann, von anderen sogar — un-
zweifelhaft zu hoch — auf 60 Divisionen veranschlagt.

Ohne ihren Einsatz sind wohl örtliche Unternehmungen,
aber kein allgemeiner Angriff durchzuführen. Statt zweier
Feldherren müssen sich nun drei miteinander verständigen,
und der dritte muß sich zuvor mit drei Regierungen ausein-
anderlegen. Wir scheint, daß wir mit dieser Art, die Einheit
des Befehles sicherzustellen, nicht gerade unzufrieden sein
müssen.

Inzwischen werden die Fronten immer unruhiger und
die Kämpfe nehmen an Schärfe und Heftigkeit zu. Immer
tiefer sucht man in die feindlichen Linien einzudringen, immer
entschlossener, die Verhältnisse beim Feinde aufzuklären. Die
stärkste Kampfstärke herrscht an der flandrischen Front, wo
beide Teile inwärtig von neuem vorstößen. Am 3. März wurde
an der Yser, am 5. auf dem Nordufer der Ys, am 6., 7., 8.
bei Dignambien, bei Marck, am Hauptquartier Waarde bei
Chelweil und wieder an der Ys gefochten; auch am 10. März
gingen beide Teile in Flandern zu Erkundungszügen vor.

Die Franzosen zeigen sich neuerdings besonders tätig
an der Lothringer Front zwischen Nancy und dem Vorstöße
der Vogesen; daneben treten dann die alten Kampfesfelder
um Arras, um Reims, in den Vogesen gelegentlich hervor.
Aber auch auf den übrigen Frontgebieten herrscht keineswegs
sabbatische Stille. Wenn auch einige Räume von beiden Ge-
gnern bevorzugt werden, so darf man nicht übersehen, daß sie
sich schließlich längs der ganzen Linie von der Nordsee bis
zum Schweizer Jura aufmerksam und argwöhnisch beob-
achten. Es wäre denkbar, daß wir vor einem Drama von
erschütternder Großartigkeit stehen und daß in einem ge-
benen Augenblicke Kanonen, Gewehre, Minenwerfer ihren
fürchterlichen Hagel von der See bis zum Gebirge hüben wir
drüben ausspielen.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Der Friedensvertrag dem russischen Volk-Kongress
ratifiziert

Petersburg, 17. März. (Meldung des Reuterschen
Bureaus.) Der Friedensvertrag wurde am 15. März am
Militärnachricht in öffentlicher Sitzung ratifiziert.

Berlin, 18. März. Der russische Volkskommissar für
auswärtige Angelegenheiten hat an die auswärtigen Minister
in Berlin und Wien folgenden Funkpruch gerichtet:

Am 16. März 1918 hat der außerordentliche russische
Kongress der Arbeiter, Soldaten, Bauern- und
Kosaken-Deputierten in der Stadt Moskau den Friedensver-
trag, den Rußland am 2. März d. J. in Brest-Litovsk mit den
Mächten des Verbundes geschlossen hatte, ratifiziert.

Moskau, 16. März. (Meldung des Reuterschen
Bureaus.) Der vom Kongress der Sowjets gefasste Beschluß
über die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland
billigte die Haltung des Rates der Volkskommissare bei der
Unterzeichnung des schmerzlichen, Rußland durch ein Ultimatum
und Gewalt aufgezwungenen Friedens und erklärte es als
Pflicht der arbeitenden Klassen, eine Miß- zur Verteidigung
des Landes gegen imperialistische Angriffe zu errichten, zu
welchem Zwecke alle Personen beiderlei Geschlechts eine mili-
tärliche Ausbildung erhalten sollen.

Deutschland

Das Volksericht von Nieder-Barnim
ist noch vernichtender für die „Unabhängigen“ ausgefallen, als
wir es in unserem letzten noch unvollständigen Resultat
mitteilen konnten. Nach dem „Vorwärts“ erhielt Genosse
Wißel 28 430 Stimmen, auf den „Unabhängigen“ Dr. Breit-
scheid entfielen dagegen nur 18 640 Stimmen. Der große
Vorprung unseres Genossen beträgt also fast genau 10 000
Stimmen. Von den insgesamt abgegebenen 62 370 Stimmen
beträgt die Mehrheit 31 186. Genosse Wissel somit nur
um noch nicht 3000 Stimmen hinter der selbständigen Erbe-
tung des Mandats bereits im ersten Wahlgange zurück! Eben-
so vernichtend wie gegen die Quertreibereien der „Unabhängigen“
entschieden die Wähler gegen ihre parlamentarischen
Gegner, die Sozialdemokraten. Im Jahre 1912 erhielten
diese 20 000 Stimmen, jetzt nur etwa 4000 Stimmen! Die
Verteidiger der Dreiklassenmach wissen jetzt, wie das Volk
denkt.

Die zerstückelnde Niederlage der „Unabhängigen“ wird
von der bürgerlichen Presse allgemein beklamt. So blut-
wenig hat man hinter dem „revolutionären“, „Massen“ lärm
der Herren Haase u. Co. besonders in diesem ihrem aussichts-
reichsten Wahlkreise doch nicht erwartet.

Der „Vorwärts“ schreibt über das Wahlergebnis:
Selbst in ihrer Hochburg sind die Unabhängigen ge-
gen, in den nicht proletarischen Bevölkerung gewonnen
östlichen Berliner Vororten können sie bei weitem noch nicht
ein Drittel der Stimmen aufbringen, während erst die Hälfte

In Danzigs Bürgerschaft.

Im Osten ist der Frieden errungen. Im Westen naht die Entscheidung heran. Die Hoffnung der Feinde, uns durch wirtschaftliche Abschließung niederzuringen, ist vereitelt.

Unsere Heere, unsere Flotte haben gewaltige Taten vollbracht. Unsere Kriegsanleihen haben Ihnen die Waffen gereicht. Kriegsanleihe ist Kampf, ohne Kampf kein Sieg. Dieses Wort hat sich als wahr erwiesen, es muß weiter gelten. Freuen wir uns, daß wir Helingeliebene durch Kriegsanleihezeichnung an dem Kampf unserer Brüder draußen teilnehmen durften. Vergessen wir nicht, daß schweres Ringen im Westen um den Endsieg bevorsteht. Zuversicht, Kraft und zäher Wille erfülle uns, das Werk der Kriegsanleihe zu vollbringen. Die Feinde müssen erfahren, daß ihre heimtückischen Versuche, unseres Volkes Einigkeit und Mut zu erschüttern, vergeblich sind. Wir wollen siegen auch im Helmkampf der Kriegsanleihe. Volkbringen wir freudig unser Werk!

Danzig, den 18. März 1918.

Der Danziger Bürgerausschuß für die deutschen Kriegsanleihen.

Scholtz, Oberbürgermeister.

Feldgrau und Oldenburg-Januschau

Auf der Jubiläumsgeneralsversammlung des Bundes der Landwirte hat der königliche Kammerherr Herr v. Oldenburg-Januschau das Wort gesprochen von dem Kanzler, auf den geschossen wird und der wiedererschossen läßt. Dieses Wort hat allgemein so abstoßend gewirkt, daß darüber der andere Inhalt der Rede übersehen worden ist. Dabei war in den Worten des Herrn v. Oldenburg noch ein Ausbruch viel plumperer Geschmacklosigkeit. Ein Protest aus dem Felde in der Frankfurter Zeitung knüpft an diese Äußerung des Herrn v. Oldenburg-Januschau, der die schärfste Unterdrückung der Sozialdemokratie von Kriegsbeginn an empfahl und dazu ausführte:

„Was wollten die Sozialdemokraten? Das Gros ihrer Wähler stand im Felde und bekam Feuer auf den Frack.“ (Heiterkeit.)

Dazu schreibt der Feldgrau: „Es ist anzunehmen, daß Herr v. Oldenburg, der den Kammerherrn-Titel hat, auch Offizier ist. Vollkommen richtig und in der Ordnung aber ist, daß er nicht mit draußen steht. Er paßt nicht unter die da draußen, denn er ist nicht Geist von Geiste unserer Frontsoldaten. Der Geist unserer Frontsoldaten ist Aufopferung. Der Geist des Herrn v. Oldenburg ist Interessenpolitik. Denn diesem Manne blieb es vorbehalten, die Qualen und Schmerzen der Soldaten zu ironisieren. Es ist nicht alles schön, was wir in letzter Zeit erlebten: die innerpolitischen Streitigkeiten, die Wahlrechtsdebatten, die Zensurfragen, der Streik, alles das hat doch einen ernsten Untergrund. Jetzt kommt ein preussischer Kammerherr und wühlet über die Wunden und Todesopfer unserer Soldaten: sie betamten Feuer auf den Frack.“

Der Ausdruck ist technisch nicht richtig, denn der Soldat trägt keinen Frack. Er trägt einen zerchliffenen grauen Rock, den er wochenlang nicht vom Leibe bekommt. Dieser Rock ist ein Stück von ihm, mit ihm verwachsen. Ich habe Soldaten gesehen, bei denen sah es so aus, als ob der Rock sie trüge. . . Und was die Beziehungen des Feuers zu diesem Soldatenfrack anbetrifft, so gehen die Granatpfitter, die Schrapnellstügel, die Geschosse und die lodernnden Glut der Flammenwerfer

nicht auf den Frack, sondern sie gehen hindurch. Sie prallen nicht an ihm ab wie der Respekt vor den Leben unserer Soldaten an dem harten Gemüt des Danzigers, sondern sie vernichten ihn. Ich habe einmal in einem Feldlazarett gesehen, wie ein Soldat sich vor Schmerz so bäumte, daß er fast auf Hinterkopf und Fersen stand. Ihm wurde aus seiner Brustwunde ein Stück Uniformstück herausgezogen, das durch das Geschöß mit ins Fleisch gerissen war, oder: ein Stück von seinem Frack.

Herr v. Oldenburg aber trägt einen Frack. Er zieht ihn zu festlichen Gelegenheiten an, nachdem er sich gebadet und neue, seine Wäsche angelegt hat. Der Frack gibt Herrn v. Oldenburg etwas Feierliches, Großartiges; der Soldatenfrack bringt Wunden. Im selbstgrauen Frack kämpft und blutet der, den der festlich Befrachte ironisiert. Er trug einen schmutzigen künftigen Frack, der mich einmal „Mein Benchen“ röchelte; dann mußte er sterben, weil er etwas auf den Frack bekommen hatte. Und er trug einen prächtigen Frack mit goldenen Knöpfen und goldenen Knöpfen, der da drohte, bei dem niedrigen Kartoffelpreis werden die Bauern lieber ihre Kartoffeln verkaufen lassen. Der etwas auf den Frack bekam, starb für das Vaterland, dem der im Kammerherrnfrack mit Hungersnotpolitik drohte. Man sieht: es gibt verschiedene Fräcke, im Frack leidet man Verschiedenes, und verschiedene Herzen schlagen unter dem Frack.“

Nachdem der Feldgrau dann daran erinnert hat, daß auf den Soldatenfriedhöfen Sozialdemokraten und Altpotsdamer Geschlechter unterschiedslos nebeneinander ruhen, schließt er mit folgender Absage, die den Januschauer und seine Genossen in der Heiterkeit wohl erleidet:

„Wie verrucht ist das: Heiterkeit! „Heiterkeit“, verkünden die Zeitungen, haben die rohen Worte erregt. Der ganze Saal lacht. Mir graust, wenn die Soldaten das lesen. Werden sie nicht die Häufte ballen: Ist denn gar keiner da gewesen, der dem Redner sagte: „Pfu! Wie magst du so sprechen über unser Sterben!“ Wie viel Augen, die keine Träne mehr haben — und hier: Heiterkeit! . . .“

Wir bemerken hierzu nur, daß v. Oldenburg, als er den Kartoffelfreik empfahl, und sich rühmte, daß er ihn persönlich bereits durchgeführt habe, zugleich mitteilte, weshalb er nicht im Felde stehe: Als er von der neuen Wendung der Dinge, der Parlamentarisierung usw. hörte, habe er die Uniform ausgezogen, um die neue Richtung besser bekämpfen zu können.

Wahlrechtsförderung

Man läßt sich Zeit. Das ist nach wie vor das Stichwort, unter dem man den Verlauf der Kommissionsverhandlungen über die Wahlrechtsvorlage zusammenfassen kann. Das zeigte sich besonders deutlich wieder am Beginn der Sonnabendbesprechung, in der man sich zunächst eine reichliche halbe Stunde lang über die weitere geschäftliche Behandlung der Vorlagen unterhielt. Es handelt sich im wesentlichen um folgendes: der Vertreter der Sozialdemokratie und die fortschrittlichen Kommissionsmitglieder forderten, daß die Kommission spätestens unmittelbar nach Ostern mit der zweiten Lesung der Vorlagen beginnen solle. Lu: sie das nicht, so sei es ganz unmöglich, daß das Plenum des Hauses, das zwischen Ostern und Pfingsten auch noch die zweite Lesung des Etats zu Ende zu führen und dessen dritte Lesung vorzunehmen habe, bis Pfingsten auch nur die zweite, geschweige denn die dritte Lesung der Verfassungsvorlagen erledigen könne. Drei Wochen nach der dritten Lesung aber müssen bekanntlich alle Abstimmungen, die

Verfassungsänderungen enthalten, noch einmal vorgenommen werden. Wenn diese Pause von drei Wochen nicht in die Pfingstferien hineinfallen, sondern erst im Juni beginnen könnte: wamdenke man dann überhaupt die Vorlage ans Herrenhaus bringen, wenn hätte man sie endgültig verabschieden zu können? Aber alle Vorstellungen der Linken waren vergeblich. Die Rechte und auch die Nationalliberalen blieben dabei, daß es ihnen im Laufe der nächsten zwei Wochen (so lange tagt das Plenum noch vor Ostern!) ganz unmöglich sein werde, vollständige Fraktionsstimmungen ihrer Parteifreunde herbeizuführen. Solche vollständigen Fraktionsstimmungen müßten sie aber abhalten, bevor die Kommission mit der zweiten Lesung der Vorlagen beginnt. Vor dem 9. oder 10. April sei an Fraktionsstimmungen dieser Art jedoch nicht zu denken. Der Vertreter unserer Partei appellierte umsonst an das Pflichtgefühl, das doch bei der ungeheuren Wichtigkeit dieser Vorlagen jedes Mitglied des Hauses befeelen und zu dem kleinen „Opfer“ einer Reise nach Berlin bewegen müssen, außerdem tage ja die nächsten zwei Wochen über auch das Plenum noch — da müßten die Herren doch nach Berlin zu bringen sein! Es war alles in der Wind gesprochen, die Herrschaften blieben bei ihrer Weigerung. . .

Von den sachlichen Beschlüssen der Sonnabendbesprechung ist jener hervorzuheben, der die Wahlprüfungen künftig der Kompetenz des Abgeordnetenhauses entziehen und dem Oberverwaltungsgericht übertragen will. Dieser Antrag ging von der Rechte aus; unser Redner wies darauf hin, daß hier zweifellos parteipolitische Beweggründe im Hintergrunde lauerten, denn solange das Abgeordnetenhaus eine konservative Mehrheit gehabt habe, habe die Rechte niemals einen derartigen Antrag gestellt. Die endgültige Entscheidung unserer Partei zu der Frage behalte er sich jedoch vor.

Der Antrag unseres Vertreters, bei Konflikten zwischen Abgeordnetemhaus und Herrenhaus dem ersten ein verfassungsmäßiges Uebergewicht dadurch zu geben, daß seine Beschlüsse ohne weiteres Rechtskraft erlangen, sobald sie in zwei aufeinander folgende Sitzungen gefaßt sind und auch die Zustimmung des Königs gefunden haben, wurde natürlich mit großer Mehrheit abgelehnt. Kommt es doch der Majorität des Ausschusses, einschließlich des Zentrums, gerade im Gegenteil darauf an, die verfassungsmäßigen Rechte des Abgeordnetenhauses zugunsten des Herrenhauses nach Möglichkeit zu beschränken.

Sehr interessant war ein taktischer Konflikt zwischen dem Zentrum und den Konservativen, der wieder einmal die ganze Strupflosigkeit der äußersten Rechten und ihres freikonservativen Anhängels zeigte: die Herren stimmten Mann für Mann gegen den sogenannten „Sicherungs“-Antrag des Zentrums, der die heutigen Beziehungen zwischen Kirche und Staat sowie die konfessionelle Volksschule unter den Schutz der Verfassung stellen will und für jede Abänderung aller dieser Gesetze künftig eine Zweidrittelmehrheit beider Kammern erforderlich machen will. Natürlich entspricht sachlich dieser Antrag durchaus den konservativen Wünschen und Interessen. Trotzdem brachten sie ihn zu Fall, um so dem Zentrum die Zustimmung zum gleichen Wahlrecht selbst unmöglich zu machen, das es ohne diese famosen „Sicherungen“ unter keinen Umständen bewilligen will. Eine konservativ-taktische, mit der die Herrschaften auch schon bei der Wahlrechtsvorlage des Jahres 1910 mit großem Erfolg operiert haben.

Schließlich wurde auch noch die heißumstrittene sogenannte „Mantel“-bestimmung angenommen; das heißt: keine der drei Vorlagen kann Gesetzeskraft erlangen, ohne daß auch die beiden anderen gleichzeitig angenommen werden. Auch hier handelt es sich natürlich im Grunde genommen um nichts anderes als um ein durchsichtiges reaktionäres Manöver zur

Der Kriegsteilerant

Der Staat, das ist ein Suppentopf! Wer ihn nicht gründlich leert, der ist fürwahr ein dummer Tropf und diesen Krieg nicht wert.

Ich habe durch, so lang' man will — doch geht's an den Profit. Dann stehen meine Räder still, ich mache nicht mehr mit.

„Hoch Tirpitz!“ heißt das Feldgeschrei, solange rentabel ist — Doch ist's mit dem Verdienst vorbei, so werd' ich Pazifist.

Dann schließe ich beherzt das Haus und stell' den Kummel ein — Dann ist der Krieg auf einmal aus und aus die Wacht am Rhein!

Paulsen.

U me'ne Herren Mörder

Von Philipp Scheidemann.

„Des Lebens ungemischte Freude ward keinem Irdischen zuteil“ und sei es der fröhlichste Bescher am Spundloch des Lebens. Da habe ich im Reichstag vor längerer Zeit einmal eine Rede gehalten, mit der ich selbst, wie gewöhnlich nachher sehr unzufrieden war. Ein Geistlicher aber schrieb mir: „Sie haben goldene Worte gesprochen, so schön und so wahr, daß ich sie im Gottesdienst unserer Gemeinde vorgelesen habe.“

Ein anderer Mann aber schrieb mir über dieselbe Rede: „Woziel Geld hast Du nun den Engländern dafür bekommen, stender Verräter?“

So erging es mir bisher immer. Was dem Einen für Ahl, war dem Andern für Nachtigall.

„Endlich einmal energische Worte, zu denen Ihnen ungezählte Millionen begeistert zustimmen“ — schreibt mir ein Offizier. „Sie schamloser Kerl, sie Landesverräter. Lesen Sie den beiliegenden Artikel der „Deutschen Tageszeitung!“ schrieb mir zu der gleichen Rede ein angeblicher Beamter.

Dann ging mir die Tageszeitung zu, in der in riesigen Lettern zu lesen war, daß ich verhaftet worden sei, weil ich des Landesverrats in englischer Sprache überführt worden sei. Das habe die „Deutsche Tageszeitung“ gemeldet. In der Tat, es war richtig — nämlich, daß die „Deutsche Tageszeitung“ berartiges in ihren Spalten gedruckt hatte. Nicht richtig war die Meldung selbst, denn bisher habe ich mich ausschließlich mit dem Schreiben befaßt.

wenn mir die Engländer und Franzosen, die Italiener und Amerikaner ihre Pfunde, Franken, Lire und Dollar-Noten ausgezahlt haben.

Bolschewiki haben feierlich durch Herrn Radet-Sobelsohn verkündet lassen, daß sie sich mit mir nicht an einen Tisch setzen würden, denn ich sei ein deutscher Regierungssozialist, wie selbst in dem sozialdemokratischen Organ meines Wahlkreises täglich zu lesen sei. In der alldutschen Presse aber war vielmals zu lesen, daß ich in Kopenhagen und Stockholm mit den Bolschewiki die schwärzesten Bläne gegen mein eigenes Vaterland ausgeheckt habe.

Künftler und Gelehrte ersten Ranges schrieben mir, daß ich auf keinen Fall die Bahn verlassen dürfe, die ich mit meinen Freunden beschritten habe — kein wahrhaft Gebildeter werde bestreiten, daß unser Weg der einzige sei, der zu einem Verständigungsfrieden führen könne. Mit der gleichen Post erhielt ich im selben Umschlag mit einem Haufen von vaterlandsparteilichen Flugschriften einen Brief, in dem mir der Zufunder auseinandersehte, „daß nur Sdioten so verfahren könnten wie ich.“

Ein katholischer Feldgeistlicher wollte sein Amt nach Kriegschluß aufgeben, um sich mir offen anzuschließen. Ein Hauptmann forderte mich noch zu größerer Entschiedenheit auf im Kampfe gegen die Anarchisten und Reaktionäre.

Die Zuschriften häuften sich derart, daß ich sie nicht mehr lesen konnte. Die Lektüre nahm mir zu viel Zeit weg, außerdem wurde die Geschichte auch langweilig. Ich lobte und priesen mich immer, wenn ebensoviel mir schwarz auf weiß bescheinigten, daß ich ein niederträchtiges Subjekt sei.

Seit einiger Zeit aber sammle ich eine Spezialität: Briefe, in denen man Dolche jüt und Revolver knaden läßt. Meine Herren Gegner aller Richtungen sind des trockenen Tones nur wirklich satt. Sie haben die Hoffnung ausgegeben, daß ich mich nach links, nach rechts, nach vorn und hinten bessern könnte. Nun wollen sie mir an mein junges Leben.

Abgegeben von vereinzelt früheren Fällen, laufen Briefe, in denen mir mit Dolch und Revolver gedroht wird, erst seit dem Tage haufenweise ein, an dem die christlich-konservative „Kreuzzeitung“ mein Blut auf dem Sandhaufen gefordert hat. Ich zitiere einige Briefe, die ich heute früh beim Kaffee-Ertrag an Stelle des fehlenden Wätsch und Judeserzjes, genossen habe.

1. „Bluthund! Du verlängerst den Krieg! Mit wieviel englischem Geld bist Du gepulvt worden?“ — Folgt Drohung mit dem Dolch.

2. „Für Dich und Deine Freunde sind die Augen fertig. Du fällst der Regierung in den Rücken. Rechne mit Deiner Schweineleule ab.“

3. „Du bewilligst schließlich noch einmal Kriegskredite! Du hast wohl ein Brett vor dem Kopf? — Du wirst totesgeschlagen.“

4. „Du elender Schuft, gemeiner Verräter. Du warst wieder beim Bolschewiki, um uns Arbeiter zu verraten.“ — Folgt Drohung mit dem Küchenmesser.

5. „Sie lehnen Annektionen ab? Sie wollen nicht, daß wir Longwy und Brien nehmen? Seien Sie gewarnt! Treten Sie

weiter für einen Verzicht und Bankrotfrieden ein, dann werden wir Sie wie einen tollen Hund beseitigen, ehe Sie uns alle ins Unglück bringen.“

6. „Wir wollen Belgien, und Du willst es nicht, deshalb verlängere Du den Krieg. Ich schwöre es bei Gott, wenn der Friede nicht bis zum Hochsommer gekommen ist, so töte ich Dich elender Lump mit sicherer kalter Hand. Dein Freund Jaures ist unschuldig ermordet, aber Dein schwarzes Blut wird schuldig fließen; ich treffe Dich Lump mit eiserner Faust sicher und geschickt.“

7. „Was zählst Du England für Deinen Vaterlandsverrat, Du Schandbube? Ah den Galgen mit Dir!“

8. „Königlicher Sozialdemokrat! Elender Schuft, Arbeiterverräter!“ — Folgt Hinweis auf geladenen Revolver.

9. Ein Rheinländer, z. Bt. in Fürstenwalde schreibt: „Obwohl katholisch, habe ich bei Stichwahlen zwischen Zentrum und Sozi stets den Letzteren als das kleinere Uebel gewählt. Leider! Ihr Schicksal vollzieht sich, sobald Sie jetzt versuchen, unserer Regierung weitere Schwierigkeiten zu bereiten. Ich werde ab morgen in der Residenz weilen, um Sie zu beobachten. Bin sehr guter Schütze und habe als Jäger niemals mein Ziel verfehlt. Eine nochmalige Warnung erfolgt nicht.“

Jeder unbefangene Leser wird mir zugeben, daß ich mich in einer ziemlich schwierigen Lage befinde: wenn ich für die Annektion von Longwy und Brien nicht eintrete, dann soll ich wie ein toller Hund beseitigt werden. Verlängere ich aber den Krieg, bin wir Longwy und Brien erobert haben, über den Hochsommer hinaus, darf ich mit kalter Hand oder mit eiserner Faust um die Ede gebracht werden. Stimme ich für Kriegskredite, dann werde ich totesgeschlagen, mache ich der Regierung Schwierigkeiten, dann soll ich an den Galgen.

Ich kann's also machen, wie ich mag, mein armseliges Leben ist verwirrt. Das tut mir leid, denn ich hatte mich schon so auf das Ei getreut, das ich in drei Wochen auf meine Eierkarte bekommen soll und mit Genuß verzehren wollte, wenn's nicht wieder faul sein würde, wie das letzte, das ich vor vier Wochen beinahe hätte essen können.

An die hochverehrten Herren Mörder, die die Welt nun mit Schewal befeuern wollen, habe ich nur einige bescheidene Bitten, die ich zu berücksichtigen bitte.

Beim Sichgehen bitte ich mir nicht an den Hals zu kommen, weil ich da zu richtig bin. Außerdem wirkt ein blutbesudelter Krack zu unästhetisch. Da die Zigarren sehr knapp sind, bitte ich auch von Stiefelversuchen auf die linke Brustseite abzusehen, weil ich da meine Zigarrentasche trage. Meine hochverehrten Herren Mörder bitte ich ferner, Rücksicht auf meine Kleidung zu nehmen, sie als nicht zu durchlöchern, denn ich habe noch keinen Bezugschein für einen neuen Anzug.

Zu besonderem Dank würden mich die Herren Mörder verpflichten, wenn sie mich immer einen Tag vor meinem Tode benachrichtigen wollten, damit ich jedesmal mit meinen Freunden einen Abschiedsschoppen trinken kann.

großartige Umwälzung auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet, als eine Kulturarbeit ersten Ranges.

Einige Zahlen mögen das zeigen. Unser Verband zählte 1891 rund 23 000, 1913 dagegen 550 000 Mitglieder. An Unterstützungen zahlte der Verband: Für Reise- und Umzugsunterstützung rund 6 Millionen, an Arbeitslose 27,5 Millionen und an Kranke 27 Millionen Mark. Für in Not geratene, an Sterbe- und Maßregelungsunterstützung 7,5 Millionen Mark. Für Rechtsauskunft und Rechtschutz 4 Millionen und Streitunterstützung 35 Millionen Mark. Wieviel Not damit beseitigt und Tränen gestillt worden sind, kann nur richtig ermessen, wer diese Kulturgeschichte miterlebt hat. Aber nicht nur hierin äußert sich die Arbeit des Verbandes, klarer tritt sie noch in die Erscheinung bei Wohnbewegungen. 1904 erreichten rund 12 000 Beteiligte 30 309 Mark Lohnerhöhung; 1915 dagegen 218 885 Beteiligte, 609 542 Mark pro Woche. Das Jahr 1916 brachte trotz der einschränkenden Tätigkeit des Verbandes, 519 025 Beteiligte 114 403 150 Mark Lohnerhöhung. Die Arbeitszeit wurde 1904, für 11 163 Beteiligte um 33551 Stunden, 1916 für 78 985 Beteiligte um 309 013 Stunden die Woche verkürzt.

Damit ist die gewerkschaftliche Arbeit nicht beendet. Die Förderung des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung in den verschiedenen Zweigen, des Wohnungswesens und der Arbeitsvermittlung zählen mit zu den vornehmsten Aufgaben des Verbandes. Waren wir einst ein Grüppchen „umstürzlerischer“ Menschen, die nicht wert waren am Wohle des Volkes mitzuarbeiten, so nennt man uns heute, um mit Staatsmännern zu reden, „großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes“. Diese Anerkennung ist nur die Konstatierung der Tatsache, daß die Gewerkschaften heute ein Kulturfaktor sind, mit dem man rechnen muß.

Groß waren und sind unsere Aufgaben, noch größere stehen uns bevor. Das Kriegsende wird viele seither ungekannte Probleme aufwerfen. Millionen werden ins Wirtschaftsleben zurückkehren, werden Arbeit und Brot suchen. Unsere Kriegswirtschaft muß umgestellt werden, was nicht immer leicht und ohne Erschütterungen einzelner Gewerbezweige vor sich gehen wird. Erst dann werden Viele, die heute leider die Arbeit der Gewerkschaften nicht voll zu würdigen wissen und ihr fernstehen, begreifen lernen, was sie durch Abseitsstehen veräußert haben.

Noch ist es Zeit, durch Zusammenschluß mit seinen Arbeitskollegen in der Gewerkschaft sich das Rüstzeug zu erwerben, mit dem man im kapitalistischen Entwicklungsprozeß sich behaupten kann.

Es gibt Leute, die die Gewerkschaften für Dinge, die der Krieg mit sich bringt, verantwortlich machen möchten. Außerhalb der Gewerkschaften stehende versuchen unter sorgfältiger Ausnutzung der Zeit Zwiespalt unter die Arbeiter zu säen und sie von dem gewerkschaftlichen Kulturweg abzubringen.

Haben diese nicht begriffen, daß die Gewerkschaften wirtschaftliche und sozial. Aufgaben zu erfüllen haben? Ein Interesse an der Schwächung der Schlagkraft der Arbeiter können nur Arbeiterfeinde haben. Diese müssen, gleichgültig in welchem Lager sie stehen, als das entschiedenste bekämpft werden. Die einen durch das Schwert des Gesetzes, die anderen durch praktische Gewerkschaftsarbeit; in erster Linie durch reißlose Zusammenfassung der Arbeiter in den Gewerkschaften.

Nichts könnte die deutsche Arbeitererschaft nach dem Kriege mehr schädigen, als die Zerreißen ihrer bewährten Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete.

Was hier für die Arbeiter zutrifft, gilt auch für die Arbeiterinnen, die erst Neulinge im Industrieleben sind. Der einstige Grundsatz „Die Frau gehört ins Haus“, hat nur noch geschichtlichen Wert. Die Zeit warf die Hüterin des Familienidylls ins rauhe Wirtschaftsleben. Die Frau muß Brot erarbeiten für sich und ihre Kinder. Sie schafft Munition für Heer und Marine.

Das Wertgetriebe nahm der Frau die häusliche Ruhe, den Kindern sehr oft ihre gute Pflegerin. Auch gesellschaftlich erfährt die Frau eine Veränderung. Die arnuttige Umgangsform verflacht und wird durch eine weniger arnuttige abgelöst. Das sind unerfreuliche Erscheinungen des Erwerbslebens, die vielfach mit der Art der Erwerbsarbeit zusammenhängen.

Wir sind für kurze Beschäftigung der Frauen, für deren Schutz auf allen Gebieten und für gleiche Rechte, weil die Frauen gleiche Pflichten erfüllen. Wir wollen auch, daß uns die Frauen das bleiben, wozu sie in einer Kulturgesellschaft berufen sind.

Den werttätigen Frauen kann aber auf ihrem harten Lebenswege auch nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß geholfen werden.

Wenn in diesen bitteren Tagen oft die Frage eine Antwort verlangt; ist denn das Leben überhaupt noch lebenswert? — So können wir Gewerkschaftler laut ausrufen, ja, es ist lebenswert, sofern wir durch Kulturarbeit es uns lebenswert gestalten. In der Pflichterfüllung für uns und unsere Mitmenschen erblicken wir unsere Lebensaufgabe; in den Erfolgen unsere Lebensfreude, die ungetrübt bleibt auch in dieser schmerzlichen Zeit des Weltkrieges. Dieses Völkerschicksal ist, historisch betrachtet, ein natürliches Ereignis im kapitalistischen Entwicklungsprozeß, das aufzuhalten eine Unmöglichkeit ist.

Wir, die wir den Glauben an die Menschheit haben und die Arbeit als den sprudelnden Quell alles Menschenglücks ansehen, schreiten unbeirrt auf dem Wege unserer Kulturarbeit weiter, wissend, daß einmal die Zeit kommt, wo auch der letzte Schläfer der Erde mit uns sagt: Es ist eine Lust zum Leben.

Diesem Vortrage folgten interessante Einwürfe einiger Diskussionsredner, auf deren Wiedergabe wir leider Raummangels verzichten müssen. Alle Sprecher fanden dankbare Hörer.

Eine erfreuliche Abstimmung bei — Schichau.

Nach 15 monatiger „Wartezeit“ konnte die Arbeiterschaft der Firma F. Schichau u. Danzig, von dem Recht, das ihr das Hilfsdienstgesetz gibt, Gebrauch machen und einen Arbeiterauschuss wählen.

Am Sonntag den 17. März wurde dieser bemerkenswerte Akt vollzogen. Die Belegschaft gab ihre Unzufriedenheit mit den bisherigen Zuständen durch die Abstimmung recht deutlich zu erkennen. Wer noch im Zweifel war, wie die

Arbeitererschaft über die Zustände auf der Werk urteilt, dem wird das Wahlergebnis gründlich belehren.

Von 881 abgegebenen Stimmen entfielen auf die verurteilte gewerkschaftliche Liste 810, auf die des gelben „Berkeley“ ganze 69 Stimmen. Zwei Stimmen waren ungültig. Von den gewählten Vertretern und Ersatzleuten entfielen auf den „unternahmerfreundlichen“ Wertverein, der 4. und der 17. Ersatzmann. Alle übrigen 28 Vertreter stellen die Gewerkschaften.

Dieses erfreuliche Ergebnis ist von besonderer Bedeutung; zeigt es doch den kompletten Zusammenbruch der mit vieler Mühe geschaffenen gelben „Hochburg“ der Schichauwerke. 480 strammte Schichtlinge der Firma sollten nach Angabe der gelben Führer auf der Werk vorhanden sein. Aber nur 69 haben sich als solche bekant. Damit ist der Beweis erbracht, daß abgesehen von diesem kleinen Häuflein, die Arbeitererschaft auch von dieser ausländischen Gispflanze nichts wissen, sondern ihre Interessen vielmehr durch die eigene organisierte Kraft wahrnehmen will.

Wir beglückwünschen die Schichau-Arbeiter zu diesem guten und vielversprechenden Zeichen ihrer Kraft und sind gewiß, daß sie fernerhin durch Zusammenhalt und Anschluß an die freien Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren verstehen werden.

Die gegenwärtige politische Situation

lautete das Thema, welches Genosse W. Krüger in öffentlicher Versammlung in Neufahrwasser behandelte. Redner führte aus:

Eine Zeit politischer Hochspannung ist es, in welcher wir uns gegenwärtig befinden. Krieg und Frieden! In diese beiden Worte läßt sich der ganze Jammer der leidenden Menschheit zusammenfassen. Während an der Westfront die kriegsführenden Staaten sieberhaft rüsten, wartend auf den günstigen Augenblick, einen entscheidenden Schlag zu führen, zeigt sich im Osten die Morgenröte des Friedens. Leider kann eine wahre Friedens- und Freudenstimmung nicht aufkommen, da dieser Friede unser erstrebtes Ziel nicht verwirklicht. Die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 ist bei den Verhandlungen in Brüssel nicht voll berücksichtigt worden. Wenn auch die Bolschewikregierung ein beträchtliches Maß von Schuld am Zustandekommen dieses Friedens hat, so hätten die Unterhändler der Mittelmächte sich nicht von bloßen Gegenwarisierungen leiten lassen sollen. Die Militärpartei hat diesen Sieg errungen. Die Sozialdemokratie mißbilligt diese Art des Friedensschlusses, es ganz einseitig, durch den die Ententeregierungen in ihrem Kriegswillen bestärkt werden.

Neben den Fragen der äußeren Politik ist es die Preußische Wahlrechtsfrage, die alle Geister in Bewegung hält. Schon öfter ist dem Preußenvolke eine Wahlreform versprochen. Am 18. März fährt sich der Tag zum siebzigsten Male, wo auf den Barrikaden um ein freies neues Preußen-Deutschland gestritten wurde. Wenn heute der größte Teil der besitzenden Klasse schamerfüllt auf ihre Vorfahren zurückblickt, so hat das Proletariat keine Ursache dazu. Voll Dankbarkeit und Ehrfurcht senkt es seine Fahnen am Grabe der Märzgefallenen. „Es ist mein Wille, daß das Wahlrecht zum Haupte der Vorgesetzten eine organische Fortentwicklung erfahren soll.“ Dieses Wort in der Thronrede bei Eröffnung des preußischen Landtages 1908 ist nicht in Erfüllung gegangen. Auch jetzt wieder ist durch die Osterbotschaft eine Wahlreform verheißen worden. Im Auktoria wurde dieselbe näher umschrieben. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht kann nach Ansicht der Regierung nur in Frage kommen. Die Konservativen und andere Reaktionen haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie mit allen Mitteln ihre Vorrechte verteidigen wollen. Redner bespricht eingehend den Gang der Verhandlungen in der Wahlrechtskommission und geißelt das Verhalten der Wahlrechtsfeinde. Wenn das gleiche Wahlrecht fällt, ist das Kernstück aus dem Reformwerk herausgebrochen.

Auf den politischen Streit übergehend, erklärt Redner, daß durch die unerhörte Bemüderung der Volksmassen und das Verhalten der Wahlrechtsfeinde die Atmosphäre geschaffen wurde, die zu spontaner Entladung führte. Diejenigen, die aus niedriger Gewinnsucht das Volk ausplündern, den Säuglingen und schwächeren Müttern die notwendigsten Lebensmittel vorzuziehen, haben das Recht verweigert, Arbeiter als Vaterlandsverräter zu bezeichnen, wenn sie durch einen politischen Streit sich dafür einsetzen, daß die Wahlrechtsvorlage der Regierung Gesetz wird.

Der Ruf von Oldenburg-Januschau auf der Berliner Bündlerparade nach einem starken Mann der schießt, und auf den geschossen wird, und der Ausspruch des Dr. Adler in Gardelegen, daß „je mehr Kote“ im Krieg seien, desto größer werde die Hoffnung, daß endlich einmal eine bessere Gesinnung in die Welt käme“, zeigt eine so abgrundtiefe Roheit, wie sie in Arbeiterkreisen noch nie hervorgerufen ist. Wir beklagen aufrichtig jeden Mann, der auf dem Felde der Ehre fällt. Diese Herren wünschen aber aus kiestem Herzen, daß möglichst viel, und möglichst viele „Kote“ zusammengeköpft werden. Das Urteil über diese „Volksgenossen“ wird bei den nächsten Wahlen gefällt werden.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen und zum Beitritt zur Organisation aufgefordert.

Volkshaus in Danzig

Der Ausschuss zur Begründung des Volkshausbundes in Danzig trat zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst über die Eingänge Bericht erstattet wurde. Dann folgte eine allgemeine Aussprache. Es war in Aussicht genommen, daß das Volkshaus ohne Rücksicht auf die Stadthalle zu erbauen, vielmehr zu wünschen, daß auch der Bau der Stadthalle nach Möglichkeit beschleunigt werde. Die Stadthalle solle den großen Saal für etwa 3000 Menschen fassen, der allen Parteien zur Verfügung steht. Das Volkshaus sollte einen mittleren Saal und eine Anzahl kleinerer Säle und Vereinzimmer aufweisen. Man beschloß aber, erneut die Frage zu prüfen, ob nicht doch der Gedanke des Volkshauses mit dem der Stadthalle verbunden werden könne. Es soll weiteres Material aus anderen Städten herbeigeschafft werden. Weiter wurde die Beschaffung erörtert, um die Schulden- und

Zinslast des Volkshauses so gering wie möglich und die Nutzung des Hauses so billig wie möglich zu machen, soll ein möglichst großes Baukapital gesammelt werden. Es wurde vor allem eine Sammelorganisation empfohlen, an der sich die ganze Bürgererschaft beteilige. Das Volkshaus soll den kulturellen, religiösen, sozialen und politischen Bestrebungen aller Richtungen würdige Versammlungs-, Aufenthalts- und Arbeitsräume bieten. Sie sollen allen Bevölkerungsschichten offen stehen, jedoch insonderheit die Bedürfnisse der Minderbemittelten berücksichtigen. Das ist das Ziel des Volksbundes — Der Ausschuss wurde ergänzt durch Parteisekretär Gehl Stadtrat Dr. Mayer und Hauptmann Steinbrecher.

Der „Danziger Bürgerauschuss“

für die 8. Kriegsanleihe erklärt in dieser Nummer der „Volksmacht“ einen Aufruf, auf den wir unsere Leser hierdurch aufmerksam machen.

Das „Städtische Kriegsanleiheamt“ — die Geschäftsstelle des Bürgerauschusses — befindet sich wieder Jopengasse 36/38, 2 Tr., Zimmer 70, Fernsprecher „Rathaus Kriegsanleiheamt“. Werber und Anleihehelfer für die Kriegsanleihe können sich dort zur Verfügung stellen. Das gesamte Material für Werbe- und Zeichnungszwecke ist dort erhältlich. Die Geschäftsstelle ist zu jeder gewünschten Auskunft schriftlich mündlich oder durch Fernsprecher gern bereit.

Ausstellung von Ersatzsohlen

Man schreibt uns: Bedeutende technische Fortschritte hat die deutsche Industrie in der Erzeugung von Ersatzsohlen gemacht, die wegen der wachsenden Lederknappheit sehr bald die einzige Beihilfe für die Zivilbevölkerung sein werden. Niemand braucht zu befürchten, daß an die sogenannte Ersatzsohle nicht dieselben Ansprüche für Warm- und Trodenhaltung der Füße gemacht werden können, wie an die Ledersohle. Wenn in dieser Hinsicht Zweifel hat, der möge sie durch den Besuch der gegenwärtigen in Danzig, in der Westpreussischen Gewerbehalle stattfindenden Ersatzsohlen-Ausstellung zerstreuen lassen. Die vom Reichswirtschaftsamt zur Sohlenbeschaffung eingerichtete Kriegsbehörde zeigt mit dieser Veranstaltung, was sie in Verbindung mit der deutschen Industrie für den Leder- sohlen-Ersatz geleistet hat.

Die Ausstellung wurde Donnerstag den 21. März, vormittags 11 Uhr, unter Teilnahme der Behörden und einer großen Anzahl von Gewerbetreibenden eröffnet. Die verschiedenen Systeme von Holzsohlen, durch Einschnitte oder Einkerbungen biegsam hergestellt, und solche in zusammenhängenden Abdeckungen aus Hartholz, einzeln und auf Schuhwerk besetzt, liegen aus. Auch aus anderen Stoffen hergestellte Sohlen, welche besonders präpariert sind, fesseln das Auge des Beschauers. An den meisten Gegenständen ist der Preis ersichtlich.

Wir können den Besuch der nur kurze Zeit stattfindenden Ausstellung nur empfehlen. Die Besuchszeit ist von 9—1 und von 3—7 Uhr täglich. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Abgabe von Lebensmitteln.

Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel- und Kartoffelkarte erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Verkauf von Anfinn, Wohlfühl Pflage

Im Warenhaus von A. Wertheim in Berlin war vor einiger Zeit der von allen Hausfrauen so begehrte Twist eingetroffen. Auf die schlichten vorgebrachte Frage wiewiele Knäule man wohl davon erhalten könne, erfolgte die Antwort, der Twist werde nur in ganzen Kartons a 12 Mark abgegeben. Da diese Abgabe jeder gerechten Verteilung Hohn zu sprechen schien, erhob der Kriegsausichuss für Konsumrenteninteressen Beschwerde bei der Reichsbeschickungsstelle und erfuhr nun, daß die kartonweise Abgabe deshalb erfolgte, weil jedes Knäule nur 8 Gramm wog und Knäule von diesem Gewicht nicht einzeln abgegeben werden dürfen. Diese Vorschrift des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb wird in Friedenszeiten sicherlich berechtigt gewesen sein und sollte wohl vor allem dazu dienen, die Herstellung so kleiner Knäule überhaupt zu unterbinden. Jetzt erscheint diese Vorschrift wie schreiendes Unrecht, denn ihre Befolgung dient nur nur dazu, daß einige alles bekommen, die meisten aber leer ausgehen und bald nicht mehr wissen, wie sie die dürftigen Wäschehäute, Strümpfe usw. zusammenhalten sollen. Uebrigens ist auch der Preis von 12 Mark für 100 Gramm wohl des Interesses der Behörden wert!

Müssen die Soldaten in die Kirche gehen?

Auf eine Anfrage des Abg. Müller (Weinungen) hat das preußische Kriegsministerium folgende Antwort erteilt:

Nach den Bestimmungen ist der Soldat zur Teilnahme an den befohlenen Gottesdiensten seines Bekenntnisses verpflichtet. Von der Beteiligung kann nur hinsichtlich solcher Mannschaften abgesehen werden, die den Beweis von ihrem Austritt aus der Kirche beibringen. Im übrigen können auch Mannschaften, namentlich des gereiften Alters, vom Kirchgang befreit werden, die Gewissensbedenken geltend machen.

Die Sonne gegen die Schwindsucht.

Ueber die moderne Sonnenheilkunde bei Tuberkulose-Erkrankungen hielt Sanftarzt Dr. Weiser in Leipzig einen fesselnden Lichtbildervortrag. Wenn in Deutschland jährlich rund 80 000 Menschen der Tuberkulose erliegen, so ist jede Erfolgsversprechende Maßregel zur Bekämpfung dieser heimtückischen aller Krankheiten mit Freuden zu begrüßen. Als ein außerordentlich wirksames Kampfmittel gegen die sogenannte chirurgische Tuberkulose (Knochenfraß, Gelenkschwamm, Brust- und Drüsen-Tuberkulose) hat sich die Bestrahlung der erkrankten Teile oder auch des ganzen unbeeideten Körpers durch die Gebirgshöhensonne erwiesen, die wie nichts anderes die Kraft besitzt, die Tuberkelbazillen abzutöten. Dieses Sonnenheilverfahren wurde im Jahre 1902 durch Dr. Bernhardt in Sawalen (Oberengadin) begründet und namentlich durch Dr. Kollier in Valsin am Genfer See praktisch weitergeführt. Die Behandlung der Kranken besteht im wesentlichen darin, daß die Patienten, ganz oder teilweise unbeeidelt auf ihren Betten oder auf Liegestühlen ruhend, zu jeder Jahreszeit der Sonnenbestrahlung ausgesetzt werden, und daß sie im Genesungszustande sich völlig nackt im Freien tummeln. Ueber 3000 Tuberkulose haben bereits auf diese Weise ihre Gesundheit wiedererlangt. Eine große Zahl von Lichtbildern zeigt in photographischer Treue die fast aus Umherbareta grenzenden Heilungen. Wenn auch der Einwirkung des Sonnenlichts (insbesondere der ultravioletten Strahlen) der Sonnenanteil an solchen Erfolgen zuzuschreiben ist,

der Wählerchaft zur alten Partei steht. Wo haben die Unabhängigen noch Boden in Deutschland, wenn sie selbst in Mecklenburg keinen Boden mehr haben, wenn sie nicht einmal das Mandat ihres Führers Stadthagen behaupten können?

Den moralischen Eindruck dieses Zusammenbruchs der Unabhängigen kann kein Schwächen und kein Entschuldigungsgerede aus der Welt schaffen. Er verstärkt sich nur, je mehr man die Teilergebnisse betrachtet, die das Gesamtergebnis zusammen ergeben. Von den vielen Industriegemeinden, die den Niederbarnimer Wahlkreis bilden, sind nur verschwindend wenige, die den Unabhängigen gegenüber der Sozialdemokratie eine Mehrheit, und auch nur eine ganz bescheidene Mehrheit, geliefert haben. Lediglich der Berliner Osten ergab 2291 Stimmen für Breitscheid und 1977 für Bissell, Stralau 364 für Breitscheid, 209 für Bissell. Dagegen steht die Liste der übrigen Städte und größeren Landgemeinden nach vorläufigen Zusammenstellungen folgendermaßen aus:

Lichtenberg	7231	Bissell	4093	Breitscheid
Friedrichsfelde	437		555	
Karlshorst	497		257	
Friedrichshagen	770		351	
Niederschönhausen	775		407	
Oberschöneweide	1401		1200	
Reinholdsdorf-Ost	1455		1054	
Legel	1182		784	
Weißensee	2298		1204	
Wittenau	564		503	
Pantow	2405		1303	
Siemensstadt	294		60	
Dranienburg	337		251	

In vielen Landgemeinden, darunter solchen mit Arbeiterbevölkerung, ist das Resultat für die Unabhängigen geradezu vernichtend. Dort zählen ihre Stimmen neben den statischen Zahlen der Sozialdemokratie überhaupt nicht. In Buch steht das Resultat 117:19, in Birkenwerder 108:21, in Kaulsdorf 170:43, in Kallberge 145:41, in Müdersdorf 173:46 für die alte Partei. Nichts haben die Unabhängigen in diesem Wahlkampf erreicht, nicht einmal die Ehre! Was wir hier oft betont haben, zeigt sich deutlich, daß ein Haufen rablatter Versammlungssprenger noch lange nicht die Mehrheit der Bevölkerung ist."

Die Stichwahl findet bereits am Dienstag den 26. März statt. Dann wird der Ostersieg der Sozialdemokratie vollendet!

Reichstagsersatzwahl Zwickau

Trotz ihrer Vernichtung in Nieder-Barnim wollen die „Unabhängigen“ gegen ihre friedensfeindliche Politik hartgesottener Kriegsgewinnler schon wieder das Urteil des Volkes herausfordern. In der für den nächsten verstorbenen Abgeordneten Stelle notwendig gewordenen Nachwahl in Zwickau werden sie der Sozialdemokratie ebenfalls einen Kandidaten entgegenstellen. Dabei machten die dortigen Genossen die reaktionäre Schwärzung Stollas zu den „Unabhängigen“ nicht mit. Sie blieben der Arbeiterpartei treu. Die Entscheidung von Zwickau wird das Urteil von Nieder-Barnim glatt bestätigen.

Wie steht es mit dem Theatergesetz?

Eine kleine Anfrage des Abg. Kunert lautet: „Im März 1914 erklärte die Reichsregierung, daß die Vorbereitungen zu reichsgerichtlicher Regelung des Theaterwesens so weit vorgeschritten seien, daß dem Bundesrat in nächster Zeit der Entwurf des Gesetzes vorgelegt werden könne. Während des Krieges kam dieses Vorhaben bisher nicht zur Ausführung. Ist der Herr Reichsminister gewillt, im Hinblick auf die Notlage des Schauspielers indes sowie in Anbetracht der großen kulturellen Aufgabe des Theaters die vollendete Durchführung der gesetzgeberischen Absicht, die den Fach- und weiteren Bevölkerungskreisen notwendig und äußerst wünschenswert erscheint, sicherzustellen? Ist der Herr Reichsminister bereit, sich darüber zu äußern, ob nach während des laufenden Kriegsjahres der Reichsgesetzentwurf, betreffend die umfassende Regelung des Theaterwesens, dem Reichstag vorgelegt oder noch ferner hinausgeschoben werden soll? Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, diese Angelegenheit nach Möglichkeit zu fördern?“

Deutsche Bevölkerungspolitik

Der Ausschuss des Reichstags für Bevölkerungspolitik setzte Dienstag die Beratung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bei § 5 fort. Dieser Paragraph gibt der Behörde die Möglichkeit, weibliche Personen, die gemerksmäßig Unzucht treiben, der gesundheitlichen Beobachtung zu unterwerfen, zwangsweise zu unterrichten und zwangsweise einem Heilverfahren unterwerfen zu lassen. Nach eingehender Aussprache nahm der Ausschuss diese Bestimmung an und schloß sie auf alle Personen aus, die dringend verdächtig sind geschlechtskrank zu sein und ihre Erkrankung weiter zu verbreiten.

Die Geschäfte des Kammerherrn Ihrer Majestät

Wir haben wiederholt über die „Geschäfte“ berichtet, die der Herr v. Behr-Pinnow, „Kammerherr Ihrer Majestät der Kaiserin“, auf Kosten armer Söldnerinnen oder des Reiches gemacht hat. Ueber Art und Umfang dieser Geschäfte werden nun noch folgende Einzelheiten berichtet: Die „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, die der Kammerherr zur Abwicklung des Riesengeschäftes begründete, bestand aus ihm selbst, einer Frau Legationsrat Rose und einer dritten, anscheinend weniger prominenten Persönlichkeit, deren Name bisher nicht öffentlich bekannt ist. Das Kapital der Gesellschaft mit beschränkter Haftung betrug 100 000 Mark, von denen indessen nur 25 000 Mark eingezahlt wurden. Mit diesen 25 000 Mark hat die Gesellschaft mit beschränkter Haftung nun innerhalb eines Zeitraumes von knapp neun Monaten 4 630 000 Mark „verdient!“ In diesen 4,6 Millionen sind aber nicht einbezahlt 30 000 Mark, die die Kaiserin des Kammerherrn v. Behr-Pinnow, und 20 000 Mark, die die Frau Legationsrat Rose „für besondere Bemühungen“ erhielten, sowie 75 000 Mark, die an eine Reihe anderer Persönlichkeiten für Provision usw. gezahlt worden sind. Von den 4,6 Millionen für und die Hälfte für Kriegsgewinnsteuer abgegangen. Als die sonderbaren Geschäfte aufgedeckt wurden, hatte Herr v. Behr-Pinnow sich bereit erklärt, freiwillig 500 000 Mark als „Buße“ zurückzugeben. Das Kriegsministerium schien auch bereit, diese Abfindung anzunehmen, und die Ablehnung erfolgte erst, als aus Reichstagskreisen ein scharfer Widerspruch erhob.

Wie bereits mitgeteilt, ist nun gegen Herrn v. Behr-Pinnow und die übrigen Beteiligten das Strafverfahren im Gange.

Der Kammerherr der Kaiserin

Nicht arme Kriegserfrauen, die beim Kammerherrn von Behr-Pinnow Ersatz für den Tod gefunden haben, bitten den „Vormärts“, eine irrtümliche Angabe der Tageszeitungen richtigzustellen. Sie haben nicht für 1 Sandfach, sondern für 10 Sandfächer 42 Pfennig Lohn erhalten, wovon nach dem Abgang abging, das die Frauen sich selbst beschaffen mußten.

Die Vaterlandspartei wagt...

Ein Leser sendet der „Welt am Montag“ aus Mecklenburg ein Schreiben ein, das lautet: Deutsche Vaterlandspartei Landesverein für beide Mecklenburg. Fernsprecher: Schwerin 859 u. 1078. Schwerin, 22. II. 1918. Geschäftszimmer: Weinbergstr. 6.

An den Herren Gemeindevorsteher

Wir möchten bei Ihnen am ... März einen vaterländischen Abend veranstalten und Ihnen dazu einen Redner aus Berlin kostenlos stellen und bitten Sie, uns mitzuteilen, welchen Versammlungsraum und welche Versammlungstunde Sie uns in Vorschlag bringen. Zu einer umgehenden Antwort wollen Sie die in der Anlage beigelegte Postkarte benutzen und später für eine möglichst rege Beteiligung an der Veranstaltung durch rechtzeitige Bekanntmachung Sorge tragen.

Mit deutschem Gruß
Zurmeijer.
Die naive Selbstverständlichkeit, mit der die „Vaterlandspartei“ die Dienste des Beamtenapparates für sich in Anspruch nimmt, ist kennzeichnend für gewisse Zustände.

Neue Besteuerung der Kriegsgewinne

Berlin, 18. März. (Volksanzeiger.) Dem Bundesrat ist ein Entwurf für die Besteuerung der Kriegsgewinne der Gesellschaften im vierten Kriegsjahr zugegangen. Unter Anlehnung in der formalen Gestaltung an das Gesetz vom 18. Juni 1916 sieht der Entwurf aber aus steuerrechtlichen Gründen nur eine Erhöhung der Gesellschaften vor. Diese sollen nach den neuen Sätzen 60 Prozent ihres Mehrgewinnes — also die ganze gesetzlich vorgeschriebene Kriegsgewinnsteuerrücklage — dem Reiche abführen. Nur unter gewissen Bedingungen, d. h., wenn die Gewinne nur eine gewisse Höhe erreichen, vermindert sich der Satz um 20 vom Hundert.

Die Vernichtung der „Unabhängigen“

In Nieder-Barnim ist nun von ihnen selbst in einer Weise bestätigt worden, die nur noch Mitleid erwecken kann. Sie wollen sich in wahrhaft „revolutionsfähigem“ Heidehumor an der Stichwahl überhaupt nicht mehr beteiligen! Eine am Sonntag in Nieder-Barnim abgehaltene Kreisversammlung der „Unabhängigen“ hat noch dazu völlig einstimmig Wahlscheitlung bei der Stichwahl beschlossen! Etwas derart Klägliches ist im politischen Leben Deutschlands überhaupt noch nicht dagewesen.

Natürlich lassen sich unsere Genossen auch durch den festerlich selbst bestätigten Bankrott der „Unabhängigen“ nicht beeindrucken. Der „Vormärts“ ruft denn auch heute sehr richtig: Alle Mann auf den Posten!

Rußland

Kämpfe mit Japanern?

Tokio, 16. März. (Privattelegramm.) „Hochshimbun“ meldet, daß die Maximalkisten am 12. März einen dritten Angriff auf Blagoweschtschensk machten. Von 150 Japanern, die nicht fliehen konnten, wurden die meisten ermordet.

Entwaffnung reaktionärer Truppen

W.B. Petersburg, 19. März. Meldung des Reiterischen Bureaus. Das Preobraschenskijsche Garderegiment in Petersburg und Moskau wurde entwaffnet, ebenso alle übrigen Truppen der Petersburger Garnison, welche ihre Einverleibung in die Rote Garde verweigerten.

Frankreich

Nur dem Sturz Clemenceaus?

Genf, 19. März. Andeutungen der Pariser Presse lassen erkennen, daß es recht ernst um das Kabinett Clemenceau steht. Selbst die Regierungsblätter müssen zugeben, daß die einen Kabinettswechsel anstrebende Linke um Dalbiez an Anhang gewinne. Dertliche Ausschüsse der Liga der Linken wurden in Ost-, Süd- und Mittelfrankreich gebildet. Am stärksten sind sie in Marseille, Bessort und Poitiers. Mit großer Spannung erwartet man die Kammerdebatten. Clemenceau verschob seine geplante Reise nach Saloniki, da es ihm im gegenwärtigen Augenblick gefährlich erscheint, Paris zu verlassen. (Vol.-Anz.)

Kriegswirtschaft

— Holzschleudungen. Drei edle Brüder haben sich in der Holzhandlung Philipp in Wiesbaden zusammengesunden. Die Brüder Rudolf und Karl Philipp erhielten durch Vermittlung ihres Bruders, des Hauptmanns Heinrich Philipp Heeresaufträge im Betrage von 26 Millionen Mark. Der Hauptmann hatte als Vorsteher des Pionierheeresparties Mainz Gelegenheit, die Offiziere an die Heeresstelle einzuführen. Er teilte die angebotenen Preise seinen Brüdern mit, die sich mit ihren Offizieren danach richten konnten. Von den auf diese Weise überschriebenen Aufträgen bezog Heinrich Philipp bestimmte Prozedente. Die Angelegenheit behaupten weiter, daß die Preise der Firma Philipp unter der Hand erhöht worden waren, und zwar unter Mitwirkung des Hauptmanns Philipp und daß der Firma besonders hohe Vorschüsse geleistet wurden. Die Beschuldigungen gegen Hauptmann Philipp haben bereits das Militärgericht Mainz beschäftigt, das den Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis und den übrigen Nebenstrafen verurteilte. Zu der Verhandlung gegen seine Brüder ist er als Zeuge geladen. Trotz der vom Staatsanwalt beantragten hohen Strafen sprach das Gericht sämtliche Angeklagte frei!

— Hartnäckige Schleichhändler. Im Juli 1917 wurde dem Hausbesitzer Alfred Loewy und dessen Ehefrau Maria Loewy, geb. Abel, in Berlin, Dorotheenstr. 77/78, wegen kriegswirtschaftlicher Vergehen die Abgabe von Speisen und Getränken in einem Restaurationsbetrieb durch das Kriegswucheramt unterlag und gleichzeitig das ihnen gehörige „Wiener Schloßrestaurant“ geschlossen. Frau Loewy versuchte nun, wie das Kriegswucheramt mittelst, mit allen Mitteln den Gastwirtschaftsbetrieb wieder aufzunehmen. Zu diesem Zweck wurde eine G. m. b. H. gegründet und als Geschäftsführer der Küchenleiter Friedrich Emmerich angestellt, der für die G. m. b. H. das Schloßrestaurant eröffnete. Die Seele des neuen Unternehmens war aber Frau Loewy, und so gingen im Schloßrestaurant wie früher die Schleichhändler ganz ungeniert ein und aus. Der Leiter des im gleichen Hause befindlichen Schloßhotels, Hermann Propp, vermietete der G. m. b. H. ein Zimmer für Unterbringung der geschobenen Waren, die auf diese Weise vor plötzlichen Untersuchungen des Kriegswucheramts geschützt werden sollten. Vor einigen Tagen bezichtigte aber Beamte des Kriegswucheramts Einlass in dieses Zimmer und holten eine Menge erschlicher Lebensmittel heraus, darunter allein 139 Pfund Butter. Dem Geschäftsführer Friedrich Emmerich sowie dem Küchenleiter Hermann Propp wurde der Handel mit Gegenständen der täglichen Bedarfs unterlag und das Wiener Schloßrestaurant zum zweitenmal geschlossen. Frau Loewy wurde überdies festgenommen, und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

— 132 Prozent Gewinn. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich der Geschäftsführer der Berliner Metall-Industrie G. m. b. H., der Kaufmann Theodor Langwitz, wegen Kriegswuchers

zu verantworten. Wie die Beweisaufnahme ergab, hatte die Metall-Industriegesellschaft von einer Firma in Nürnberg Spannschloß zum Preise von 1,86 Mark das Stück gekauft und für 8,25 Mark, also mit 182 Prozent Gewinn, das Stück weiterverkauft. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß ein eklatanter Fall von Kriegswucher in der Rüstungsindustrie vorliege, eine Geldstrafe von 10 000 Mark. Das Gericht erkannte nur auf 5000 Mark Geldstrafe.

Bessarabien

Die Rumänen haben eingesehen, daß ihnen die Dobrudscha verloren ist, und so versuchen sie sich wenigstens an dem großen Bruder im Norden, der sie mit antreibt, das selbstmörderische Kriegsspiel zu beginnen, jezt schablos zu halten. Das reiche, schöne Land zwischen Prut und Dniester ist fast zu zwei Dritteln von Rumänen besiedelt. Sie bilden den Grundstock der bunt zusammengewürfelten Menschheit, die im Laufe der Jahrhunderte oder Jahrtausende sich hier ansiedelte. Wo die wilden Horden aus den sibirischen Steppen nach Westen vorrückten, da brachten sie über das Land der „Bessen“ herein, die einmal vor 12 Jahrhunderten hier saßen und noch heute, wo sie längst den Weg aller zeitweiliger Eroberer gegangen sind, ihren Namen für Bessarabien hergeben. Und wenn irgendeines der Völker, das sich aus den Schluchten des Balkans über die Stämme der Donaumündung hinweg freie Bahn schaffen wollte, dem Drang nach Osten folgte, so war abermals Bessarabien das nächste Ziel. So ist es nicht zu verwundern, daß wir in Bessarabien auf blutgetränkter Erde stehen und daß es gar oft den Herrn wechselte. Viele Völker kamen und gingen, und von allen blieb ein Feheln im Lande hängen. In nebelhafter Vorzeit saßen Sthenen hier, die älteste Bewohner, von denen wir wissen. Vor 2000 Jahren warfen die Goten sie hinaus, ein thrakischer Stamm, der südlich der Donau saß und seit Darius Zeiten mit den Sthenen in ewiger Feindschaft lag. Gegen 300 Jahre, bis zur Römerherrschaft, hielten sie das Land. Die Römer wurden von den Goten abgelöst, denen die Hunnen folgten. Im 6. Jahrhundert wuchsen die Städte der Slawen aus der Erde, Bulgaren machten sich vorübergehend ansäßig, und ein halbes Jahrtausend lang löste ein Volk das andere ab. Batu Chan verwüstete Bessarabien im 13. Jahrhundert mit seinen Mongolen. Türken und Nogaiern stritten sich darum, und seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts hielt es das unersättliche Rußland immer fester in der Hand. Nicht weniger als viermal im Laufe eines Jahrhunderts mußte das Schwert zwischen Rußland und der Türkei über Bessarabiens Schicksal entscheiden. Aber der weiße Zar gab es nicht mehr heraus, im Frieden von Bukarest wurde es 1812 endgültig sein Eigentum. Der südliche Teil ging zwar 1858 im Pariser Frieden an die Rumänen über. Aber nach dem russisch-türkischen Krieg 1877 nahm Moskau sein Eigentum wieder, und seitdem spielte der Kampf unter der Oberfläche ohne Pause weiter. Die Russen arbeiteten mit den Mitteln, die sie überall anwenden. Sie russifizierten das Land nach ihrer Art, unterdrückten jede freiheitliche Bewegung und jedes kulturelle Streben, und die Rumänen wüßten in der Bevölkerung und reizten zum Widerstand. Daß Bessarabien mit seinem Völkergemisch dabei nicht gerade gedieh, ist kein Wunder. Daß es nicht ganz zugrunde gerichtet wurde, hat es in erster Linie seiner Fruchtbarkeit und seinen außerordentlich günstigen Verhältnissen zu danken. Die Rumänen freilich taten nicht viel dazu. Wenn man weiß, daß 90 Prozent der in Bessarabien lebenden Rumänen — Moldauer nennt man sie dort — Analphabeten sind, ist wohl der kulturelle Wert dieses Grundstocks der Bevölkerung genügend gekennzeichnet. Die eigentlichen Ackerbauern sind Bulgaren und deutsche Kolonisten Griechen, Armenier und Juden haben den Handel in der Hand. Der Weizenbau liefert den reichsten Ertrag; die Jahresernte reicht nahe an eine halbe Million Tonnen heran. Auch die übrigen Getreidearten, besonders Gerste und Mais, gedeihen vorzüglich, Labak wird gebaut und viel Wein, und die ziemlich in Verfall geratene Viehzucht liefert sich leicht zur einjährigen Höhe zurückbringen. Ob freilich die Rumänen fähig sind, Kulturarbeit, so wie sie in Bessarabien notwendig ist, zu leisten, das ist eine Frage, die man nach den bisherigen Erfahrungen nur sehr vorsichtig erwägen kann.

Aus aller Welt

Anzeigen als Anzeichen. Ehrlich entrüstet schreibt Noenarius in seiner bekannten Kulturzeitschrift „Kunstwart“:

Aus einer der größten deutschen Zeitungen:
Bettelhaus
und
Sorgenkiste
finden sich alleine. Wer aber in der Heirat eine soziale und geistige Erhebung sucht, tut gar nicht übel daran, dem ideal geführten vornehmen, diskreten Ehebureau ... seine Herzenswünsche mitzuteilen und sich entsprechende Vorschläge machen zu lassen. Briefwechsel streng diskret und kostenlos.

„Bettelhaus und Sorgenkiste!“ Jetzt, gerade während des Weltkriegs, sind wir also dahin gediehen, daß die Geschäfte, die mit Gatten und Gattinnen handeln, solche Menschen verächtlich verspotten dürfen, denen beim Eingehen einer Ehe die Zuneigung von Mensch zu Mensch und nicht das Pantbuch entscheidet.

— Massenunglück bei einem Sportfest. Aus Hongkong meldet die „Tägliche Rundschau“: Während einer sportlichen Veranstaltung des Jockeyklubs stürzte das Schargerüst ein, auf dem sich 1000 Zuschauer befanden. 100 Frauen und Kinder wurden mitgetreten. Es brach Feuer aus, dem auch noch Hunderte zum Opfer fielen.

— 70 000 Mark Schmiergelder. Ein Bureauangestellter der Kaiserlichen Werk in Kiel, der zur Ausbille auf Privatdienstvertrag angestellt war, hatte sich für die Bezugszahlung von fünf Diebstahlanten der Wert 70 000 Mark Schmiergelder zahlen lassen. Die Strafkammer Kiel hatte sämtliche sechs Angeklagten freigesprochen, mit der Begründung, daß weder die Strafbestimmung gegen Beamtenbestechung, noch die Bestimmung gegen die Bestechung von Privatangestellten anwendbar sei. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft Kiel hat das Reichsgericht diese Entscheidung nunmehr als irrig aufgehoben. Die Strafkammer habe den Begriff „Beamter“ verkannt. Eine Anstellung auf Privatdienstvertrag und das Fehlen der Bezugns zur selbständigen Erledigung von Geschäften schloße keineswegs die Beamteneigenschaft aus. Die Anstellung als Beamter könne vielmehr ohne jede Formlichkeit stillschweigend in der Hebertragung einer Tätigkeit liegen, deren Ausübung die Beamteneigenschaft voraussetzt, gleichgültig, ob die Tätigkeit rein mechanischer oder höherer Art sei. Weiter verfügte das Reichsgericht die Prüfung der Frage, ob der Bureauangestellte sich nicht der versuchten Erpressung schuldig gemacht habe, indem er solchen Diebstahlanten, die keine Schmiergelder zahlen wollten, die Zuweisung von Vorkräften verweigerte.

Das Huhn in der Hühnerschale. Ein heiterer Vorfall spielte sich auf dem Bahnhof in Gredemühlken ab. Kommt da ein Reisender, der zur Beerdigung will, auf dem Bahnsteig an. Auf einmal steht die mitgeführte Hühnerschale aus den Fugen, und ihr entspringt ein recht fetter Hahn, der mit lautem „Kikeriki“ auf die andere Seite des Zuges folierte.

Für Maggi's Würze gelten nach wie vor die bekannten Preislisten. Das Fordern höherer Preise ist unzulässig. Auch ist es strafbar, in Maggi'schen andere Suppenwürzen feilzuballen. 78

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.
Verlag Volkswacht & Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Arbeiter und Parteigenossen!
Agitiert für die Volkswacht

Preiswerte Damenbekleidung

Jackenkleid	tunkelblau, lose Jacke mit Gürtel	141 ⁰⁰
Jackenkleid	aparte Gürtelform	173 ⁰⁰
Jackenkleid	gestreifte Stoffe (Herrenstoffmuster) in jugendlichen Formen	280 ⁰⁰
Mantel	farbig, lose Glockenform	68 ⁵⁰
Mantel	sportfasson in prima Wollstoff	82 ⁵⁰
Mantelkleid	grau, blau, weinrot, in eleg. Ausführung	248 ⁰⁰

Schwarze Frauenmäntel

solide Formen in gediegenen Stoffen und prima Verarbeitung

61⁰⁰ 84⁰⁰ 92⁰⁰ 104⁰⁰ 115⁰⁰

Blusen □ Röcke □ Kleider □ Morgenkleidung

Walter & Fleck

Grösstes Kauf- und Mode-Haus am Platze

73

Jede Nähmaschine reparieren schnell
Wilken & Söhne
Heilige Geistgasse Nr. 127
Fernruf 1237

Moderne illustrierte Zeitschriften:
Der wahre Jakob 15 Pfennig
Jugend 70 Pfennig
Stapleifflimmig 50 Pfennig

Buchhandlung Volkswacht
Peschiesgasse 32.

Herren-Anzüge

aus Lieferungen der Reichsbekleidungsstelle gegen Bezugsschein „Kriegsanzug“ empfiehlt

Eugen Hasse,

Passage, Kohlenmarkt Nr. 14-16.

82



C. Bungenstock

Uhrmachermeister
Danzig, Heiligegeistgasse Nr. 123

Grosses Lager in

Salon-, Wand- und Weckeruhren
Taschenuhren in Gold u. Silber
Präzisionsuhren.

J. W. C. Schaffhausen = Omega = Longines

Reichhaltiges Lager in Goldwaren

Ketten, Ringe, Medaillons, Armabänder, Broschen, Ohrringe

Verlobungsringe

Eigene Reparatur-Werkstätte im Hause.
Solide Preise Raelle Bedienung

Trauer-

Hüte
in
reicher
Auswahl

Blusen
Handschuhe
zu billigsten
Preisen

Julius
Goldschein

Lewandigasse 4, gegenüber der Markthalle

Der Gesangverein „Sängergrotte“

veranstaltet

am ersten Osterfeiertag in den Räumen der Frau Steppuhn, Schilditz, Karthäuserstr. 27, einen

Unterhaltungs- Abend

bestehend aus Konzert u. Gesangsverträgen.

Eintritt erhalten nur Freunde und Gönner des Vereins, die durch aktive oder passive Mitglieder eingeführt werden.
Der Vorstand.

Karfreitag den 29. März, abends 7 1/2 Uhr, Danziger Hof (Erdgeschoss)

Öffentlicher wissenschaftl. Vortrags-Vortrag

„Gibt es ein Fortleben nach dem Tode?“

Vergeltung? — Ewige Peinqualen? — Wiederleben? — Jenseits? — Wieder-
auferstehung? — Unerschütterlichkeit unseres Seins? — Mit Diskussion! Zur
Anstehung: Vortrag: 1.75 u. 1.25 u. 1.00, Eintritt 1. —
in L. Senners Buchhdlg. Max Schneider, Sengg. 20. Abendl.: 2.150, 1.15

In freien Stunden Preis 15 Pf., zu beziehen durch die

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.
Frauen-Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, den 27. März, abends 8 Uhr, im Salske Tischler-
gasse 49 bei Achsbauer.
Tagesordnung: 1. Die Frau im politischen Kampfe.
Referent: Gen. Julius Gahl. 2. Ausprache. 3. Stellungnahme zur
Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder. 81
Der Vorstand: Eugen Sellin.

Belaugmachung.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird auf Grund des
Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 8. 1851 und des Ge-
setzes vom 11. 12. 15 für die Stadt Danzig, die Stadtgemeinde Joppot
sowie die Gemeinden Oliva und Ohra folgendes angeordnet:

I.
Die Verordnungen der Kommandantur vom 16. 10. 17,
31. 10. 17, 19. 11. 17, 8. 1. 18 und 11. 2. 18 treten mit dem 20. 3.
18 auf Kraft.

II.
Sämtliche offenen Verkaufsstellen dürfen in der Zeit vom 20.
3. 18 bis 31. 3. 18 einschl. an den Wochentagen nur geöffnet sein
von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.; in der Zeit vom 1. 4. 18 ab bis
auf Weiteres an den Wochentagen von 8 Uhr vorm. bis 7 Uhr nachm.,
an den Sonn- und Feiertagen ab 20. 3. 18 nur von 8 bis 9 1/2 Uhr
vormittags.

III.
Diesartigen Geschäfte, welche Lebensmittel verkaufen, dürfen an
den Wochentagen schon vom 20. 3. 18 ab in der Stunde zwischen
6 bis 7 Uhr abends geöffnet sein, jedoch andere Waren als Lebens-
mittel nicht verkaufen.

IV.
Die Bestimmungen über den Beginn der Öffnungszeiten ge-
hen nicht für die Verkaufsstellen von Milch.

V.
Sonntags können sämtliche Geschäfte bis 8 Uhr abends ge-
öffnet bleiben.

VI.
Jede Innen- und Außenbeleuchtung von Schaufenstern, Aus-
hängelampen usw. ist verboten.

VII.
Zwischenhandlungen werden mit Gefängnis oder mit Geldstrafe
bis zu 1500 Mark bestraft.

Danzig, den 18. März 1918.

Der Kommandant der Festung Danzig.

v. Pfuol, Generalmajor.

Abgabe von Lebensmitteln.

Es werden verabsolgt:

1. Von Montag, den 25. bis Sonnabend, den 30. März:
Auf die Marke 17 der Kartoffelkarte 4 Pfund und auf die
Marke 18 der Kartoffelkarte 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund
Kartoffeln.

2. Von Mittwoch, den 27. bis Sonnabend, den 30. März:
a) Auf die Marken 1 und 1 K der Danziger Lebensmittelkarten für
Erwachsene und Kinder je 250 Gramm feines Suppenmehl zum
Preis von 18 Pfg. (das Pfund 35 Pfg.)

b) Auf die Marken 2 und 2 K der Danziger Lebensmittelkarten
für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 2 und 2 K der Lebens-
mittelkarten in den Nachbargemeinden Brentau, Emaus, Ohra, Bürger-
wiesen, Gr.-Waldhof, Klein-Waldhof, Gr.-Plehnendorf und Klein-Plehn-
dorf für Erwachsene und Kinder je 1/2 Pfund Kunsthonig zum Preis
von 75 Pfg. für das Pfund.

c) Auf die Marke 3 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene
und auf die Marke 3 der Lebensmittelkarte für Erwachsene in den Nach-
bargemeinden je 2 Stück Knochenbrühwürfel zu dem darauf auf-
gedruckten Preise.

d) Auf die Marken 4 und 4 K der Danziger Lebensmittelkarten
und auf die Marken 4 und 4 K der Lebensmittelkarten der Nachbar-
gemeinden für Erwachsene und Kinder je 1 Päckchen ausländisches
Pubbingpulver zum Preis von 50 Pfg.

e) Auf die Marke 3 K der Lebensmittelkarte für Kinder in Danzig
und den übrigen Nachbargemeinden je 125 Gramm Grieß.
Die Waren sind in den Geschäften, bei denen die Anmeldung zum
Bezug von Rationierungsgewissen erfolgt ist, erhältlich.

Die von den Händlern vereinnahmten Marken sind den zuständigen
Verteilungstellen unverzüglich einzureichen. Bei Einreichung der Marken 2
und 2 K an die Verteilungsstelle A, Eisen-Welzergasse 16, sind die ver-
bliebenen Restbestände an Kunsthonig anzugeben.

Danzig, den 21. März 1918.

Der Magistrat.

Elbing

Lebensmittelverteilungsplan der Stadt Elbing

für die Woche vom 25. bis 31. März 1918

Montag: 7 Pfd. Kartoffeln (Kartoffelmarke für die Woche vom
25. bis 31. März 1918).

Dienstag: 1/2 Pfd. ausländische Dauerware (Kaffee Rührspeise
geräucherte Schokolade). (Lebensmittelmarke.)

Mittwoch: 1/2 Pfd. Hafersoden (Kinderzuckermarkte).

Donnerstag: 1/2 Pfd. Norw. Gerstenmehl (Lebensmittelmarke).

Freitag: 1/2 Pfd. Marmelade (Lebensmittelmarke).

Sonnabend: 1/2 Pfd. ausländische Gerstengröße (Zusatzmarke für
Schwer- und Schwerstarbeiter).

Der freie Verkauf von Märgese, Übergemüse, deutschem
und ausländischem Fleisch-Getreide sowie Bratenfettwaren
findet weiter statt und werden die Verkaufsstellen hierfür noch ein-
mal bekannt gegeben werden.

Elbing, den 23. März 1918.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters

Montag, 25. März, abends 8 Uhr: „Stegfried“.

Dienstag, 26. März, abends 7 Uhr: „Erosabauer“. Ein-
maliges Gastspiel des jugendl. Heldentensors der Dresdener
Hofoper Adolf Schumann.

Mittwoch, 27. März, abends 7 Uhr: „Gespenster“.

Donnerstag, 28. März, abends 7 Uhr: „Die toten Augen“.

Freitag, 29. März: Geschlossen.

Sonnabend, 30. März, abends 6 1/2 Uhr: „König Lear“.

Erneuerung des W. Schafers.

Sonntag, 31. März, nachm. 3 Uhr: „Das Dreimäderl-
haus“.

Sonntag, 31. März, abends 7 1/2 Uhr: „Die toten Augen“.